

Zur Finanzlage der Städte, wie sie der Deutsche Städtetag am 3. Februar 2004 bilanzierte, erklärt Dagmar Enkelmann, kf-Vorsitzende:

Der Deutsche Städtetag kündigt für 2004 ein Defizit in den kommunalen Kassen von 10 Mrd. € und damit erstmals im zweistelligen Milliardenbereich an. 2003 bereits lag es nur knapp darunter - bei 9,7 Mrd. €. Die Städte und Gemeinden werden handlungsunfähig, können nur noch Notstand verwalten. Die kommunale Selbstverwaltung als wichtiger Bestandteil unserer Demokratie gerät zu Makulatur. Dieser Notstand ist nicht vom Himmel gefallen, er wurde herbeigeführt durch die rot-grünen Reformen der Unternehmensbesteuerung seit 2000, durch die explodierenden Folgekosten von jahrelangem Sozialabbau und nicht zuletzt durch die Gleichgültigkeit, mit der Regierung und konservative Opposition die Reform der kommunalen Finanzen im Bundesrat vermeintlich wichtigeren Verhandlungszielen opferten.

Der Umverteilung von unten nach oben, die im Jahr 1 der Agenda 2010 eine neue Dimension gewinnt, entspricht die Umverteilung von der öffentlichen (und insbesondere der kommunalen) Hand in private Hände. Vielerorts heißt das: Investitionen zurückfahren und kommunale Daseinsvorsorge abbauen. Seit 1992 gingen die kommunalen Sachinvestitionen von 35,5 Mrd. € auf geschätzte 21,2 Mrd. € 2003 zurück - also um 40 Prozent, in den neuen Bundesländern sogar um 54 Prozent. Jeder Bürger, jede Bürgerin bekommt das zu spüren: Freiwillige Leistungen werden gestrichen, kommunale Gebühren erhöht, städtische Bedienstete entlassen.

Ich bin froh, dass die kommunalen Spitzenvertreter/innen in ihrer deutlichen Kritik an der rotgrünen Steuerpolitik nicht nachlassen. Ich unterstütze sie in ihrem Anliegen, die kommunalen Finanzen endlich auf verlässlichen Grund zu stellen, und teile die Enttäuschung darüber, dass die Bundesregierung bisher unfähig oder gar nicht bereit war, ihre verhängnisvollen Fehler von 2000 wieder gut zu machen.

Im Gegenteil: Ihre Ankündigung, mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe die Kommunen spürbar zu entlasten, entpuppt sich als Bumerang. Den betroffenen Arbeitlosen droht neue Armut. Für die Kommunen, die nicht nur wiederum die sozialen Folgekosten tragen müssen, sondern auch noch mit den Unterkunftskosten für die Bezieher der neuen einheitlichen Leistung belastet werden sollen, bedeutet das kaum Entlastung. Besonders ostdeutsche Kommunen müssen dadurch mit Mehrbelastungen rechnen.

2003 war ein verlorenes Jahr für die Städte und Gemeinden. 2004 muss das Jahr werden, in dem die Kommunen endlich wieder politische Spielräume zurückgewinnen. Das geht aber nur, wenn die kommunalen Finanzen endlich von Grund auf reformiert werden.

- Die Kommunen brauchen die Einbeziehung ertragsunabhängiger Elemente in die Gewerbesteuer, damit die kommunalen Einnahmen verstetigt werden. Perspektivisch soll ein Modell der kommunalen Wertschöpfungssteuer entwickelt werden.
- Ich fordere außerdem die Wiederauflage der kommunalen Investitionspauschale, finanziert durch ein Abschmelzen der Goldreserve, um das Niveau öffentlicher Investitionen wieder auf europäischen Durchschnitt zu bringen.

Und die PDS bleibt dabei: Die Wiedererhebung der Vermögenssteuer könnte erheblich zur Besserung der kommunalen Kassenlage beitragen. Sie ist in diesem Sinne ein zentrales Instrument zur doppelten Umverteilung von oben nach unten und von privater in die öffentliche Hand.